

OA-UPDATE SANKTIONEN

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

gibt es noch im Juni das 21. EU-Sanktionspaket gegen Russland? Dies wäre ungewöhnlich schnell, schließlich ist das 20. Sanktionspaket erst Ende April vorgelegt worden. Aktuell verdichten sich zumindest die Hinweise darauf, dass Mitte des Monats ein so genanntes „Minipaket“ vorgelegt werden könnte. Darüber könnten die EU-Außenminister am 15. Juni bei ihrem Gipfeltreffen in Luxemburg beraten. Insbesondere geht es dabei darum, nach einer russische Drohnenattacke auf ein Haus im rumänischen Galati an der Grenze zur Ukraine, bei der zwei Menschen verletzt wurden, Handlungsfähigkeit zu beweisen. Mit einem regulären 21. Sanktionspaket ist aber zumindest zeitnah ebenfalls zu rechnen, wie viele Presseberichte in den vergangenen Tagen nahelegen. Die Ideen, die es dafür gibt – angefangen von neuen Maßnahmen gegen russische Öleinnahmen, Finanzstrukturen und Unternehmen aus Drittländern wie China – haben wir in diesem Update zusammengestellt.

Handlungsdruck entsteht auch deswegen, weil turnusmäßig im Juli eine Überprüfung und Anpassung des G7-Ölpreisdeckels für russisches Öl ansteht, der sich angesichts stark gestiegener Preise für Rohöl durch den amerikanisch-israelischen Angriff auf Iran deutlich nach oben bewegen würde. Die hohen Ölpreise erschweren wiederum aktive Maßnahmen gegen russische Ölexporte. So haben die USA gerade zum zweiten Mal Sanktionsausnahmen für Russland verlängert.

Für Aufsehen sorgt aktuell die Meldung, dass das US-Repräsentantenhaus umfassende neue Sanktionsmaßnahmen gegen Russland auf den Weg gebracht hat. Jedoch ist davon auszugehen, dass es dafür keine Mehrheit im US-Senat geben wird.

Wie immer freuen wir uns über Ihre Hinweise und Anregungen zum Update!

Ihre Redaktion

OA-Update 2026/05
Stand: 5. Juni 2026

Inhalt

- [1. Ost-Ausschuss](#)
- [2. Deutschland](#)
- [3. Europäische Union](#)
- [4. Russland](#)
- [5. USA](#)
- [6. Weitere Länder](#)
- [7. Blick über den Tellerrand](#)
- [8. Termine](#)
- [9. Tipps & Links](#)

1. Ost-Ausschuss

Deutsche Beteiligung am SPIEF maßlos übertrieben

Im Vorfeld des diesjährigen St. Petersburg Economic Forum SPIEF sorgten Berichte über die angebliche „erstmalige“ Teilnahme einer „offiziellen“ deutschen Wirtschaftsdelegation für Aufsehen. Grundlage war eine Pressemitteilung der Deutsch-Russischen Auslandshandelskammer in Moskau, einem russischen Verein, der nicht mehr zum deutschen AHK-Netzwerk gehört und inzwischen eine hohe Anzahl von russischen Mitgliedern hat. Unter den 14 deutschen Gesprächspartnern, die die Auslandshandelskammer auf dem SPIEF ermittelte, befinden sich fünf Politiker der AfD sowie einige Deutsche, die auch die russische Staatsbürgerschaft besitzen. Von einer Wirtschaftsdelegation kann keine Rede sein. Der Deutschlandfunk hat dies in diesem Beitrag, in dem auch der Ost-Ausschuss zitiert wird, aufbereitet.

[Russland - St. Petersburger Wirtschaftsforum - Ukraine aktuell](#)

Osthandel wächst im ersten Quartal 2026 weiter – Russland und Ukraine fallen zurück

Der deutsche Osthandel ist mit viel Schwung ins Jahr 2026 gestartet. Ohne das östliche Europa wäre der deutsche Außenhandel deutlich schwächer. Die Ausfuhren nach Mittel- und Osteuropa sowie Zentralasien legten im ersten Quartal 2026 im Vorjahresvergleich um 5,5 Prozent auf 75,2 Milliarden Euro zu. Die Einfuhren von dort stiegen um 1,4 Prozent auf 65,8 Milliarden Euro. Insgesamt stieg der Handelsumsatz mit der Region im ersten Quartal 2026 um 3,5 Prozent auf 141 Milliarden Euro – deutlich mehr als mit den USA und China zusammen (122 Milliarden Euro).

Allein die Ausfuhren in die vier größten Märkte Polen, Tschechien, Ungarn und Rumänien waren im ersten Quartal 2026 um fast vier Milliarden Euro höher als im Vorjahr. Auch die Exporte in die wachstumsstarken Länder Südosteuropas – darunter Kroatien, Serbien Bulgarien und Slowenien – legten deutlich zu. Die Ausfuhren in die Ukraine gingen hingegen zurück, auch vor dem Hintergrund des starken Vorjahres. Der Handel mit Russland sank im ersten Quartal um weitere 8,8 Prozent.

„Um den Weg auf die östlichen Wachstumsmärkte noch einfacher zu machen, müssen Hindernisse im Binnenmarkt konsequent abgebaut und die wirtschaftliche Integration Richtung Osten beschleunigt werden“, betont der stellvertretende Ost-Ausschuss-Vorsitzende Philipp Haußmann. „Die EU-Erweiterung um die Länder des Westbalkans sowie die Ukraine und Moldau wird diese Märkte enger an uns binden und die Position Europas im geopolitischen Wettbewerb stärken. Es ist daher gut, dass die EU-Erweiterungsdebatte zuletzt Fahrt aufgenommen hat und flexiblere Beitrittsmechanismen verstärkt diskutiert werden. Wer es ernst meint mit Europas Wettbewerbsfähigkeit, muss die Integration jetzt entschlossen vorantreiben.“

Die Handelszahlen für das erste Quartal 2026 finden Sie [hier](#).

2. Deutschland

BMW-Publikation beschreibt Fälle von Sanktionsumgehung

Das Bundeswirtschaftsministerium hat die dritte Ausgabe der Publikation „Sanktionsumgehung – Aktuelles aus der strafrechtlichen Praxis der Sanktionen gegen Russland“ veröffentlicht. Laut Einschätzung des Ministeriums versucht Russland weiterhin mit großem Aufwand, über internationale Beschaffungsnetzwerke trotz bestehender Sanktionen an verbotene Güter zu gelangen. Dabei werden gezielt Verschleierungstaktiken, Umwege über Drittstaaten sowie erhebliche finanzielle Mittel eingesetzt. Ermittlungsbehörden spielen eine zentrale Rolle bei der Aufdeckung solcher Netzwerke und bei der Verfolgung entsprechender Verstöße.

Das Ministerium weist darauf hin, dass Verstöße gegen Sanktionsvorschriften in Deutschland nach dem Außenwirtschaftsgesetz und der Außenwirtschaftsverordnung streng geahndet werden. Es drohen Geld- oder Freiheitsstrafen von bis zu zehn Jahren; Bußgelder können je nach Schwere mehrere hunderttausend Euro betragen und bei Unternehmen sogar bis zu 40 Millionen Euro erreichen. Zudem bestehe für Unternehmen und Privatpersonen die Pflicht, mögliche Sanktionsverstöße zu melden, etwa wenn Hinweise auf russische Beschaffungsversuche über Zwischenhändler vorliegen. Zuständig für die Entgegennahme entsprechender Meldungen im Bereich von Gütern und Dienstleistungen ist das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle. In der Publikation werden einige Fälle von Sanktionsumgehung geschildert. Zudem gibt es für Unternehmen weiterführende Links zu Informationen.

[Sanktionsumgehung – Aktuelles aus der strafrechtlichen Praxis der Sanktionen gegen Russland | BMW](#)

Phishing -Attacke auf Signal: Politiker fordern neue Sanktionen gegen Russland

Nach einer mutmaßlich russischen Phishing-Kampagne gegen den Messengerdienst Signal fordert der CDU-Sicherheitspolitiker Roderich Kiesewetter deutliche Konsequenzen gegen Moskau. „Russland muss gestoppt werden, auf allen Ebenen“, sagte er dem Handelsblatt. Kiesewetter plädiert dafür, russische Diplomaten auszuweisen, das Russische Haus zu schließen, die Visavergabe einzuschränken, die russische Schattenflotte zu stoppen sowie „auch endlich Taurus an die Ukraine zu liefern“.

Der Grünen-Fraktionsvize Konstantin von Notz unterstützt die Forderungen. „Politische Antworten, die der Gegenüber auch versteht, sind dringend notwendig.“ Die von Kiesewetter geforderten Maßnahmen habe seine Fraktion bereits „in umfassenden Anträgen, die im Deutschen Bundestag vorliegen, in Richtung Bundesregierung adressiert“, sagte von Notz laut Handelsblatt. Er fordert Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) dazu auf, jetzt „endlich zu handeln“. Die seit Monaten „anhaltende Lethargie der Bundesregierung“ sei inzwischen „selbst zur sicherheitspolitischen Gefahr geworden“.

Zu den Opfern der Phishing-Kampagne zählen die Bundesministerinnen Verena Hubertz (SPD) und Karin Prien sowie Bundestagspräsidentin Julia Klöckner (beide CDU). Die Bundesregierung geht davon aus, dass die Angriffe aus Russland gesteuert wurden, wie das Handelsblatt aus Regierungskreisen erfuhr. Insgesamt seien mindestens 300 Signal-Konten von Personen aus dem politischen Betrieb kompromittiert, hieß es in Regierungskreisen. Ziele seien unter anderem auch Journalisten, Mitarbeiter von Nachrichtendiensten und Militärs gewesen.

Bundestagsvizepräsidentin Andrea Lindholz (CSU) forderte gegenüber der „Bild“-Zeitung, Abgeordnete und Verwaltungen sollten vollständig auf den europäischen Messengerdienst Wire umsteigen und brachte ein Signal-Verbot auf Dienstgeräten von Abgeordneten und Bundestagsmitarbeitern ins Spiel.

Nach bisherigen Erkenntnissen nutzten die Angreifer bei der Phishing-Attacke über Signal allerdings keine technische Schwachstelle der Anwendung selbst. Stattdessen setzten sie auf sogenanntes Social Engineering – also gezielte Täuschung von Nutzern, um an vertrauliche Zugangsdaten zu gelangen.

(Paywall)

<https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/phishing-angriffe-cdu-politiker-fordert-harte-konsequenzen-gegen-russland/100220130.html>

Brüderpaar wegen Sanktionsumgehung über Kirgisistan und Türkei vor Gericht

Vor dem Landgericht Münster hat laut einer Meldung des Deutschlandfunks ein Prozess gegen zwei Brüder begonnen, denen Verstöße gegen das Außenwirtschaftsgesetz in 65 Fällen vorgeworfen werden. Sie sollen als Geschäftsführer einer GmbH trotz der geltenden Beschränkung Waren nach Russland ausgeführt haben. Die Männer sollen trotz geltender EU-Sanktionen Maschinenbauteile im Wert von mehr als 830.000 Euro nach Russland exportiert haben. Verschleiert haben sie die Ausfuhren laut Anklage über Briefkastenfirmen in Kirgisistan und der Türkei. Zum Prozessauftakt äußerten sich die Brüder nicht zu den Vorwürfen. Um den ursprünglich auf 19 Tage angesetzten Prozess zu verkürzen, strebt die Kammer eine Verständigung an.

[Münster - Prozess um Umgehung von Russland-Sanktionen in Münster](#)

3. Europäische Union

21. Sanktionspaket in Vorbereitung

Gibt es noch vor der Sommerpause ein 21. EU-Sanktionspaket gegen Russland? Dies wäre zum einen ungewöhnlich schnell, schließlich ist das 20. Sanktionspaket erst Ende April vorgelegt worden. Aktuell verdichten sich aber die Hinweise darauf, dass ein so genanntes „Minipaket“ am 15. Juni beim Treffen der EU-Außenminister in Luxemburg verabschiedet könnte. Ein reguläres 21. Sanktionspaket würde dann erst etwas später folgen. Grund für das neue Tempo in Brüssel ist offenbar die Beschädigung eines Wohnhauses im rumänischen Galati nahe der ukrainischen Grenze durch einen russischen Drohnenangriff. Am 29. Mai stürzte eine russische Drohne in einen Wohnkomplex. Zwei Menschen wurden verletzt.

Laut Informationsquellen, die unter anderem der Spiegel, Politico und Euronews zitieren, ist geplant Russlands Ölexporte weiter zu erschweren und neben seiner Schattenflotte auch das Bankensystem erneut ins Visier nehmen. Ölexporte sind weiterhin die wichtigste Einnahmequelle des Kremls zur Finanzierung des Kriegs gegen die Ukraine. Die russischen Einnahmen waren infolge des Iran-Krieges und der Teilaussetzung von US-Sanktionen zuletzt wieder deutlich gestiegen (siehe Kapitel Russland). Zudem warnen Analysten vor steigenden Umweltrisiken, da viele Schiffe der Schattenflotte als veraltet gelten und ihre Eigentums- sowie Versicherungsverhältnisse oft undurchsichtig sind.

Allerdings scheint insbesondere die Verfolgung und Sanktionierung von Serviceanbietern und Versicherungsstrukturen, die hinter der Schattenflotte stehen, sehr komplex zu sein. Nach Angaben des finnischen Europaabgeordneten Ville Niinistö, der von Politico und Weltwoche zitiert wird, könnten durch neue Sanktionen Strukturen betroffen sein, die letztlich mit europäischen Finanzmärkten verbunden sind. Geldströme würden über Vermittler und alternative Versicherungsmodelle geleitet, sodass Risiken und Versicherungen teilweise wieder im westlichen Finanzsystem landeten.

Zu den neuen Sanktionen dürften auch weitere Listungen von Unternehmen aus Drittländern gehören. Politico berichtet von einigen chinesischen Unternehmen, die wegen Sanktionsumgehung gelistet werden sollten.

Alle Berichte stehen im Zusammenhang mit Meldungen, nach denen die Europäer den Druck auf Russland weiter hochhalten wollen und bei möglichen Friedensgesprächen eine größere Rolle für sich beanspruchen. Laut einem Bericht der Berliner Zeitung nannte Bundeskanzler Friedrich Merz die militärische Unterstützung der Ukraine und die Aufrechterhaltung der Sanktionen den sichersten Weg, um den Krieg zu beenden. Zwar heißt es fast einhellig, dass die Zeit für Verhandlungen mit Russland angesichts unvermindert harter Luftangriffe auf die Ukraine noch nicht gekommen sei. Zudem ist trotz einer lebhaften Diskussion über einzelne Namen eine Einigung auf ein europäisches Verhandlungsteam noch nicht abzusehen. Bei Gesprächen, zu denen unter anderem Bundesaußenminister Johann Wadephul nach Berlin eingeladen hatte, wurde aber zwischen Deutschland, Frankreich und Großbritannien (Format E3) über europäische Verhandlungspositionen gesprochen. Laut FAZ zeichnet sich schon länger ab, welche Positionen Deutschland in diesem Prozess vertreten könnte: „Erstens zielt Berlin auf

einen Waffenstillstand entlang der jetzigen „Kontaktlinie“. Der russische Anspruch, die Ukraine müsse als Vorbedingung die noch unbesetzten Teile des Gebiets Donezk abgeben, wird klar zurückgewiesen. Zweitens braucht die Ukraine aus deutscher Sicht Sicherheitsgarantien, um als souveräner Staat erhalten zu bleiben. Drittens muss das Land Hilfe beim Wiederaufbau bekommen, und zwar auch aus Russland, und viertens müssen Europas Sicherheitsinteressen gewahrt werden.“

Für Aufsehen sorgte auch ein offensichtlicher Leak aus dem Kreml, laut dem ein Strategiepapier zur Kommunikation eines möglichen Friedensschlusses gegenüber der russischen Bevölkerung erarbeitet wurde. Dieses Papier soll in der Kremladministration ausgearbeitet worden sein, behauptet das „Dossier Center“ – ein investigatives journalistisches Projekt, das vom Oppositionellen Michail Chodorkowski gegründet wurde. Focus Online spricht von einem Konzept, wie der russischen Bevölkerung ein Kriegsende ohne den anfangs erwarteten triumphalen Sieg schmackhaft gemacht werden könnte. Grundannahme des Papiers sei allerdings zumindest die völlige Eroberung des Donbass durch russische Truppen. Angesichts derzeitiger Rückschläge Russlands an der Front ist dieser Zeitpunkt eher in weitere Ferne gerückt.

Preisobergrenze für russisches Öl soll neu fixiert werden

Ein zentraler Vorschlag ist die Festschreibung einer Preisobergrenze für den Kauf von russischem Öl, die im Juli auslaufen würde. Angesichts der durch den Iran-Krieg gestiegenen globalen Energiepreise würde sich der Preisdeckel für russisches Öl laut einem festgelegten Anpassungsmechanismus automatisch erhöhen. automatisch nach oben anpassen. Mehrere Länder drängen darauf, den aktuellen Preis festzuschreiben. Nach EU-Recht muss die Preisobergrenze regelmäßig angepasst werden und stets 15 Prozent unter dem durchschnittlichen Marktpreis für russisches Rohöl liegen. „Wir sollten die Preisobergrenze nicht so weit anheben, dass sie Russland übermäßig entgegenkommt. Ziel ist, sie ungefähr in der heutigen Spanne zu halten, also bis zu dem früheren Maximum von 60 Dollar (51,69 Euro)“, sagte der EU-Sanktionsbeauftragte David O’Sullivan in einem Interview mit Euronews.

Das geplante 21. Sanktionspaket soll zudem etwa 20 zusätzliche Tanker der sogenannten Schattenflotte erfassen, jener Flotte alter und oft schlecht gewarteter Schiffe, über die die Föderation trotz westlicher Sanktionen weiterhin Rohöl verkauft und damit seinen Krieg gegen die Ukraine finanziert. Die Zahl der sanktionierten Schiffe würde damit auf über 650 steigen. Daneben sollen weitere Banken, Ölhändler, Raffinerien und Kryptobetreiber in Drittstaaten auf die Sanktionsliste.

Eine weitere Schlüsselfrage für das nächste EU-Sanktionspaket betrifft laut Euronews die Zukunft des vollständigen Verbots maritimer Dienstleistungen für russische Öltanker. Die EU hatte die Maßnahme bereits im vorherigen Sanktionspaket beschlossen, ihre Umsetzung jedoch bis zu einer Einigung auf G7-Ebene ausgesetzt.

Griechenland und Malta, zwei Küstenstaaten mit bedeutenden Reederei- und Flaggensektoren, lehnen die Initiative weiterhin strikt ab. Gleichzeitig zeigen die G7-Partner bislang wenig Interesse an der Umsetzung der weitreichenden Maßnahme. Hinzu kommt, dass die Schließung der Straße von Hormus die Energiemärkte in Turbulenzen versetzt hat.

Eine Gruppe nordischer und baltischer Länder setzt sich laut einem separaten Dokument, das Politico vorliegt, zudem für umfassendere Sanktionen gegen russische Energieunternehmen wie Lukoil, Gazprom, Novatek und Rosneft ein. Diese Ländergruppe will außerdem alle Verträge mit der russischen Atomindustrie beenden.

Chinesische Unternehmen im Visier

Laut Informationen Politico drängt der Auswärtige Dienst der EU zudem darauf, vier chinesische Unternehmen mit Sanktionen zu belegen, die Russlands Krieg gegen die Ukraine unterstützen sollen. Die vier Firmen, die in das neueste Sanktionspaket aufgenommen werden könnten, unterstützen angeblich Russlands Schattenflotte, indem sie Chemikalien für das russische Militär liefern und Komponenten bereitstellen, die Moskau zum Bau von Angriffsdrohnen nutzt, so die Beamten. Dieser Schritt dürfte die wachsenden Spannungen zwischen Brüssel und Peking weiter verschärfen, da EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen die Unterstützung der EU-Hauptstädte für ein hartes Durchgreifen gegen subventionierte chinesische Importe sucht, kommentiert Politico. China hat bereits erklärte, es werde „entschiedene Gegenmaßnahmen und wirksame Schritte zum Schutz seiner eigenen Interessen“ ergreifen, sollte die EU zusätzliche Handelsbeschränkungen verhängen (siehe dazu auch die Rubrik „Blick über den Tellerrand“). Bereits jetzt arbeitet China an Anti-Sanktionsinstrumenten, die die Umsetzung westlicher Sanktionen verbieten und damit westliche Unternehmen mit China-Geschäft weiter in eine Zwickmühle hineintreiben.

Das Dokument vom 21. Mai, das Politico vorliegt, wird in ein „Mini-Paket“ von Sanktionen einfließen, das laut zwei EU-Beamten bei einem Treffen der EU-Außenminister am 15. Juni in Luxemburg verabschiedet werden soll. Dieses Paket wird eine Reihe einzelner Einträge enthalten, während die EU an einem 21. Sanktionspaket arbeitet, das einen breiteren, sektoralen Ansatz verfolgt und voraussichtlich später im Sommer verabschiedet wird.

Neben den vier chinesischen Firmen schlägt das Dokument laut Politico Sanktionen gegen fünf Firmen in den Vereinigten Arabischen Emiraten, drei in der Türkei und eine in Aserbaidschan vor, die alle als Unterstützer des russischen Schiffsverkehrs und Energieverkaufs beschrieben werden. Es schlägt außerdem vor, Tochtergesellschaften des russischen Unternehmens Lukoil sowie Dutzende von Personen und Firmen zu sanktionieren, die als Unterstützer der Moskauer Kriegsmaschinerie beschrieben werden.

Wie Euronews berichtet, zeigt die neue ungarische Regierung unter Ministerpräsident Péter Magyar Bereitschaft, den Kopf der russisch-orthodoxen Kirche, Patriarch Kirill, zu sanktionieren. Wenn alle 27 EU-Staaten zustimmen, könnte einer der einflussreichsten religiösen Würdenträger Russlands auf die Sanktionsliste kommen. Kirill gilt als geistliche Figur mit erheblichem politischem Gewicht. Ungarns früherer Ministerpräsident Viktor Orbán blockierte bislang die Maßnahme und sprach von einem Eingriff in die Religionsfreiheit.

[Ukraine-Krieg: So wollen die Europäer Wladimir Putin an den Verhandlungstisch bringen - DER SPIEGEL](#)

[Kreml-Papier soll möglichen Rückzug aus Ukraine schönfärben - FOCUS online](#)

[Chinese firms that help Russia are next for EU sanctions – POLITICO](#)

[O'Sullivan: China bleibt großes Problem für EU-Sanktionen gegen Russland | Euronews](#)

[Schattenflotte im Visier: Neue Sanktionen gegen 20 Tanker - Futurezone](#)

[Putin's shadow fleet faces fresh EU sanctions blitz – POLITICO](#)

O'Sullivan: China bleibt großes Problem für EU-Sanktionen gegen Russland

China bleibt nach den Worten des EU-Sanktionsbeauftragten David O'Sullivan ein „sehr großes Problem“. Grund sei die Unterstützung des Landes bei der Umgehung von EU-Sanktionen gegen Russland. Es gebe keinerlei Anzeichen dafür, dass diese Praxis nachlasse, sagte O'Sullivan in einem exklusiven Gespräch mit Euronews. „Wir sprechen das Thema regelmäßig auf höchster Ebene bei den chinesischen Behörden an. Aber Sie kennen deren Antwort: Sie sagen, sie täten nichts Falsches. Deshalb müssen wir weiterhin einseitig gegen chinesische Unternehmen und Finanzinstitute vorgehen“, sagte O'Sullivan.

Bereits im 20. Sanktionspaket setzte die EU bis zu 56 Unternehmen auf ihre Liste, die an der Entwicklung und Herstellung von Rüstungsgütern beteiligt sein sollen, die Russland im Krieg gegen die Ukraine einsetzt. Viele dieser Unternehmen stammen aus China. O'Sullivan bezeichnete China als Meister des „Backfillings“. Dabei ersetzen heimische Produzenten Waren, die zuvor von internationalen Partnern geliefert wurden – von Alltagsgütern bis hin zu militärnaher Ausrüstung. Dazu zählen insbesondere elektronische Bauteile für Drohnen und Raketen sowie Schutzsysteme für Artillerie. Solche Komponenten tauchten zunehmend auf den Schlachtfeldern in der Ukraine auf.

China ließ die Aufnahme chinesischer Firmen in das 20. EU-Sanktionspaket jedoch nicht unbeantwortet. Peking reagierte, indem es sieben europäische Rüstungsunternehmen vom Bezug chinesischer Produkte ausschloss. Solche Gegenmaßnahmen seien inzwischen regelmäßig zu beobachten, seit die EU verstärkt chinesische Unternehmen auf ihre Sanktionslisten setzt. „Wenn wir Maßnahmen ergreifen, ziehen sie nach. Trotzdem ist es sehr wichtig, dass wir weiterhin ein klares Signal senden: Wir achten genau auf Versuche, unsere Sanktionen zu umgehen, und greifen ein, sobald wir Beweise sehen“, so O'Sullivan.

[O'Sullivan: China bleibt großes Problem für EU-Sanktionen gegen Russland | Euronews](#)

Einzelne Aspekte des 20. Sanktionspaket - Sanktionsausnahmen

Das 20. EU-Sanktionspaket erweitert die Maßnahmen gegen Russland deutlich und richtet sich insbesondere gegen zentrale Bereiche der russischen Wirtschaft. Im Fokus stehen Unternehmen aus der Öl-, Gas- und Rüstungsindustrie sowie deren Führungsebenen. Neu auf die Sanktionsliste gesetzt wurden unter anderem das Bergbauunternehmen

Mangazeya Mining, die Versicherungsgesellschaft Soglasie sowie das Moskauer Institut für Physik und Technologie. Darüber hinaus umfasst die Liste nun auch sieben russische Erdö Raffinerien sowie die Ölproduzenten Bashneft und Slavneft, die zu den Energiekonzernen Rosneft und Gazprom gehören. Ergänzend wurden mehrere Unternehmen aus Drittstaaten, insbesondere aus den Vereinigten Arabischen Emiraten, in die Maßnahmen einbezogen.

Einschränkung von Umgehungsmöglichkeiten

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Einschränkung von Umgehungsmöglichkeiten. So hat die EU Exportverbote für bestimmte sensible Güter, etwa CNC-Werkzeugmaschinen und Funkgeräte, auf Länder mit hohem Re-Export-Risiko wie Kirgisistan ausgeweitet. Gleichzeitig wurden neue Finanzsanktionen eingeführt: Seit dem 14. Mai 2026 gilt ein umfassendes Transaktionsverbot für weitere 20 russische Banken, darunter die Awangard-Bank und die WB Bank. Zusätzlich wurden vier Kreditinstitute in Drittstaaten sanktioniert. Auch die bestehenden Exportbeschränkungen wurden deutlich ausgeweitet und erfassen nun unter anderem Labor-Glaswaren, spezielle Schmierstoffe, Chemikalien, Kautschukprodukte, Stahlwaren sowie Maschinen und Zugmaschinen.

Auf der Importseite verbietet das Paket die Einfuhr zahlreicher Metalle und Mineralien aus Russland, darunter Platin, Nickel, Kupfer, Aluminium sowie Molybdän und Kobalt. Für Ammoniak wurde eine mengenmäßige Begrenzung eingeführt. Parallel dazu verschärft die EU die Kontrollen zur Herkunftsnachverfolgung von Diamanten, um Umgehungen zu verhindern. Neu ist außerdem ein Verbot der Bereitstellung bestimmter Cybersicherheitsdienste für Russland. Ergänzend wurde das bestehende Sendeverbot ausgeweitet, sodass nun auch Plattformen und Websites erfasst werden, die Inhalte verbotener russischer Medien weiterverbreiten und damit Sanktionen umgehen. Schließlich stärkt das Paket auch die rechtliche Position europäischer Unternehmen, indem es Maßnahmen zum Schutz geistigen Eigentums und gegen Enteignungen in Russland vorsieht sowie die Grundlage für weitere Transaktionsverbote gegenüber bestimmten russischen Unternehmen schafft.

Neue Ausnahmeregelungen

Neben den neuen Verschärfungen enthält das 20. Sanktionspaket jedoch auch gezielte Ausnahmeregelungen und Erleichterungen. So wurden einige Produkte vollständig von den Sanktionslisten gestrichen, darunter bestimmte Luftreifen für Fahrzeuge sowie Ventilatoren und Abzugshauben. Darüber hinaus wurden für ausgewählte Waren, insbesondere im Bereich der Fensterproduktion, Ausfuhrmöglichkeiten wieder eröffnet. Diese Exporte sind jedoch genehmigungspflichtig und bedürfen der Zustimmung der zuständigen nationalen Behörden, beispielsweise des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle in Deutschland. Damit wird Unternehmen in bestimmten Bereichen wieder ein begrenzter Handlungsspielraum eingeräumt.

Zudem erlaubt die EU künftig die Freigabe bestimmter eingefrorener Gelder, sofern diese für staatlich finanzierte Kulturprogramme der Mitgliedstaaten in Russland benötigt werden. Gleiches gilt für Zahlungen im Zusammenhang mit Programmen zur historischen Verantwortung oder zur Unterstützung ethnischer Minderheiten von EU-Staaten in Russland. Mit diesen Ausnahmen verfolgt die EU das Ziel, humanitäre, kulturelle und

gesellschaftspolitische Aktivitäten weiterhin zu ermöglichen, ohne die grundsätzliche Wirkung der Sanktionen zu untergraben.

Die EU hat aktualisierte Antworten auf Frequently Asked Questions zu den Sanktionspaketen gegen Russland und Belarus (Stand 22.Mai) vorgelegt:

[Consolidated version - Finance - European Commission](#)

EU-Dokumente zum 20. Sanktionspaket vom 23. April 2026:

[Beschluss \(GASP\) 2026/508 des Rates vom 23. April 2026 zur Änderung des Beschlusses 2014/512/GASP über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren](#)

[Verordnung \(EU\) 2026/506 des Rates vom 23. April 2026 zur Änderung der Verordnung \(EU\) Nr. 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren](#)

[Beschluss \(GASP\) 2026/504 des Rates vom 23. April 2026 zur Änderung des Beschlusses 2014/145/GASP über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen](#)

[Durchführungsverordnung \(EU\) 2026/509 des Rates vom 23. April 2026 zur Durchführung der Verordnung \(EU\) Nr. 269/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen](#)

[Verordnung \(EU\) 2026/511 des Rates vom 23. April 2026 zur Änderung der Verordnung \(EU\) Nr. 269/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen](#)

EU-Sanktionsdruck auf Kirgisistan wächst

Die Europäische Union hat den Sanktionsdruck auf Kirgisistan verstärkt, indem sie die Lieferung sensibler Technologien eingeschränkt und Maßnahmen gegen die Finanzinstitute des Landes verhängt hat. Der Beschluss, der im Rahmen des 20. Sanktionspakets der EU gegen Russland gefasst wurde, markiert nach Ansicht der Times of Central Asia einen Wandel in der Vorgehensweise der EU: weg von diplomatischen Warnungen hin zu strengeren Kontrollen von Handels- und Finanzkanälen in Drittländern.

BNE Intellinews spricht in einer Analyse von einem ersten Testfall für das EU-Anti-Umgehungs-Instrument. „Es bleibt abzuwarten, ob das Instrument zur Bekämpfung von Umgehungsversuchen die kirgisischen Sanktionsumgehenden aufhalten oder sie lediglich

dazu veranlassen wird, neue Methoden anzuwenden. Kirgisistan bietet aufgrund seiner Mitgliedschaft im von Russland geführten Handelsblock der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU) eine besonders attraktive Route zur Umgehung von Sanktionen“, kommentiert die Online-Newsplattform.

Laut Unterlagen der Europäischen Kommission lagen die Importe sensibler Güter aus der EU nach Kirgisistan im Jahr 2025 im Vergleich zum Vorkriegsniveau um fast 800 Prozent höher. Gleichzeitig stiegen die Exporte ähnlicher Güter von Kirgisistan nach Russland um etwa 1.200 Prozent. Europäische Beamte sagen, diese Entwicklung deute auf ein systematisches Muster von Reexporten hin.

Infolgedessen hat die EU Kirgisistan als erstes Land in ihre Liste der Länder aufgenommen, die ein „systematisches und anhaltendes“ Risiko der Sanktionsumgehung darstellen. Die Beschränkungen gelten für bestimmte Güter mit doppeltem Verwendungszweck: Metallbearbeitungsmaschinen und numerisch gesteuerte Anlagen sowie eine breite Palette von Telekommunikationsgeräten, von Routern und Modems bis hin zu Geräten für die Daten-, Sprach- und Bildübertragung. Nach Angaben der EU stellen diese Kategorien das höchste Risiko dar, vom russischen Rüstungskomplex genutzt zu werden.

Europäische Exporteure werden strengeren Kontrollen unterzogen, um nachzuweisen, dass sensible Güter wahrscheinlich nicht nach Russland reexportiert werden. Dies schafft eine zusätzliche administrative Hürde und erhöht die Risiken für Unternehmen. Für viele Firmen bedeutet dies eine Art „Schuldvermutung“ im Handel mit Kirgisistan, schreibt die Times of Central Asia.

Das Sanktionspaket bezieht sich zudem auf zwei kirgisische Finanzinstitute: die Keremet Bank und die Capital Bank. Besondere Aufmerksamkeit wurde zudem dem Kryptowährungssektor gewidmet. Die EU hat TengriCoin sanktioniert, ein in Bischkek registriertes Unternehmen, das laut europäischen Regulierungsbehörden den Handel mit einem Stablecoin erleichtert hat, der mit der russischen Promsvyazbank verbunden ist. Dieser Schritt signalisiert die Ausweitung der Sanktionspolitik der EU auf digitale Finanzinstrumente, die zunehmend genutzt werden, um traditionelle Beschränkungen zu umgehen.

Weitere Maßnahmen betreffen den Transportsektor. Mehreren kirgisischen Logistikunternehmen wurde der Zugang zur europäischen Infrastruktur, einschließlich Häfen und Verkehrsnetzen, untersagt. Dies dürfte die Transportkosten erhöhen und den Außenhandel erschweren, was exportorientierte Unternehmen zusätzlich unter Druck setzt.

Analysten warnen jetzt vor einem möglichen Mangel an europäischer Industrierausrüstung auf dem kirgisischen Markt. Das Risiko von Sekundärsanktionen könnte dazu führen, dass sich EU-Lieferanten selbst aus legitimen Transaktionen zurückziehen.

Die Verschärfung der Sanktionen erfolgt vor dem Hintergrund eines verstärkten außenpolitischen Engagements Kirgisistans. Am Tag der Verabschiedung des Sanktionspakets bekräftigte Präsident Sadyr Japarov während eines Besuchs in Moskau die strategische Partnerschaft mit Wladimir Putin. Gleichzeitig intensiviert Bischkek die Zusammenarbeit innerhalb der Shanghai Cooperation Organization (SCO) und bereitet

sich darauf vor, einen Gipfel auszurichten und hochrangige Delegationen zu empfangen, darunter den chinesischen Verteidigungsminister Dong Jun.

Die kirgisischen Behörden haben die Sanktionspolitik der EU bereits zuvor kritisiert. Japarov bezeichnete sie als ungerechtfertigt und als Druckmittel, das die wirtschaftliche Entwicklung behindere. Trotz einer Reihe von Konsultationen mit der EU, darunter Besuche des Sanktionsbeauftragten der Union, kam Brüssel zu dem Schluss, dass die ergriffenen Maßnahmen unzureichend seien.

Für Kirgisistan bedeutet die Entscheidung der EU nicht nur erhöhten Druck von außen, sondern auch die Notwendigkeit, ein Wirtschaftsmodell zu überdenken, das teilweise auf dem Transithandel basiert, schreibt die Times of Central Asia. Die Entscheidung stelle Bischkek vor eine schwierige Wahl: die Vorteile des Transithandels zu bewahren oder zu riskieren, häufiger Ziel westlicher Sanktionen zu werden.

[EU Sanctions Put Kyrgyzstan's Transit Trade Under Scrutiny - The Times Of Central Asia](#)

[bne IntelliNews - EU imposes "anti-circumvention" sanctions on Kyrgyzstan for assisting Russia](#)

EU und UK führen neue Sanktionen wegen der Deportation ukrainischer Kinder ein

Die Europäische Union hat am 11. Mai neue Sanktionen gegen Russland verhängt, um Verantwortliche für die systematische Deportation ukrainischer Kinder zur Rechenschaft zu ziehen. Betroffen sind 16 Einzelpersonen sowie sieben Organisationen, denen vorgeworfen wird, an der Verschleppung, Zwangsumsiedlung und ideologischen Beeinflussung von Minderjährigen beteiligt zu sein.

Seit Beginn des russischen Angriffskriegs wurden nach EU-Angaben rund 20.500 Kinder aus der Ukraine nach Russland oder in besetzte Gebiete gebracht. Dort werden viele von ihnen in Programmen untergebracht, die auf politische Indoktrination, militärische Ausbildung und die Anpassung an eine russische Identität abzielen. Die EU wertet diese Praxis als schweren Verstoß gegen das Völkerrecht und als gezielten Versuch, die ukrainische Identität langfristig zu zerstören.

Die Sanktionen umfassen Vermögenssperren sowie Einreiseverbote und richten sich insbesondere gegen Einrichtungen und Funktionsträger, die diese Programme organisieren oder durchführen. Parallel dazu verstärkt die internationale Gemeinschaft ihre Bemühungen, die betroffenen Kinder zu identifizieren und ihre Rückkehr in die Ukraine zu ermöglichen, auch wenn bislang nur ein Teil von ihnen zurückgeführt werden konnte.

Gleichzeitig mit der EU veröffentlichte auch Großbritannien neue Sanktionen wegen der Deportationen. In einer Pressemitteilung erklärte die britische Regierung, sie habe in diesem Zusammenhang Sanktionen gegen 85 Personen und Organisationen verhängt – im Rahmen einer der bislang härtesten Maßnahmen gegen feindliche russische Aktivitäten.

Zu den Sanktionszielen gehört das Warrior Centre, das laut Großbritannien ukrainische Kinder einer militärischen Ausbildung und pro-kremlischer Ideologie unterzieht, sowie Beamte, denen vorgeworfen wird, die Verteilung von Pässen und Indoktrinationsprogramme in besetzten Gebieten zu organisieren. Die „Kyiv Post“ hatte zuvor über „Yunarmiya“ berichtet, eine paramilitärische Jugendorganisation, die Teenager aus der besetzten Ukraine in Militärlagern indoktriniert.

London nahm zudem Dutzende Personen ins Visier, die mit der „Social Design Agency“ und „ANO Dialog“ in Verbindung stehen – Organisationen, denen vorgeworfen wird, vom Kreml unterstützte Desinformations- und politische Einmischungskampagnen durchzuführen, darunter Bemühungen, die Innenpolitik Armeniens zu beeinflussen.

Am 11. April erhoben die ukrainischen Behörden Anklage gegen drei Personen wegen der Deportation von 35 Kindern aus der besetzten Region Donezk nach Russland – ein Fall, der nach Ansicht Kiews einem Kriegsverbrechen gleichkommt. Den Ermittlern zufolge wurden die vier- bis sechsjährigen Kinder im Februar 2022 aus einem staatlichen Waisenhaus in Donezk entführt, nur wenige Tage bevor Russland seine groß angelegte Invasion startete. Sie wurden in die russische Region Rostow gebracht und später in örtlichen Einrichtungen untergebracht.

Die ukrainischen Behörden haben seit Beginn der Invasion Tausende von Fällen im Zusammenhang mit der Deportation von Kindern eröffnet und bezeichnen das Thema als eine der schwerwiegendsten humanitären Folgen des Krieges. Russlands Entführung ukrainischer Kinder ist der Grund für den vom Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) erlassenen Haftbefehl gegen Kreml-Chef Wladimir Putin.

[UK, EU Sanction Russian Networks Over Abducted Ukrainian Children](#)

[Ukrainian children unlawfully deported and forcibly transferred to Russia: EU sanctions 16 individuals and seven entities - Consilium](#)

4. Russland

Russland: Finanzielle Lage vieler Unternehmen drastisch verschlechtert

Die finanzielle Lage der größten russischen Unternehmen drastisch verschlechtert, dies berichtet OstInsider Daily mit Berufung auf russische Quellen. Die Wirtschaftszeitung „Wedomosti“ berichtete demnach, dass der Gesamtumsatz von 28 der größten russischen Unternehmen im Jahr 2025 um 8,6 Billionen Rubel (119,5 Milliarden Dollar) sank, was einem Rückgang von 16,7 Prozent entspricht, während der Nettogewinn um 1,9 Billionen Rubel (26,4 Milliarden Dollar) oder 30,8 Prozent zurückging. Der Gewinn des russischen Energiekonzerns Rosneft verringerte sich demnach fast um das Vierfache, während sich die Gewinne bei Gazprom Neft und Tatneft etwa halbierten. Lukoil meldete laut der Zeitung einen Verlust von 1,06 Billionen Rubel (14,7 Milliarden Dollar), den ersten Jahresverlust seit drei Jahrzehnten. Das staatliche Eisenbahnmonopol Russische Eisenbahnen verzeichnete einen 22-fachen Gewinnrückgang. Pjotr Arronet, Chefanalyst bei der Ingo Bank, beschrieb das aktuelle Umfeld als eine „Ära des Überlebens“ für russische Unternehmen und verwies dabei auf den Sanktionsdruck, Preisnachlässe bei Rohstoffexporten und schrumpfende Auslandsmärkte.

Unterdessen sind die Lohnrückstände in Russland weiter gestiegen. Nach Angaben des staatlichen Statistikamtes Rosstat beliefen sich die überfälligen Lohnzahlungen im April auf 2,88 Milliarden Rubel (40 Millionen Dollar), was einem Anstieg von 35 Prozent gegenüber dem Vormonat und 94 Prozent gegenüber dem Vorjahr entsprechen würde. Seit Anfang 2025 haben sich die ausstehenden Löhne fast versechsfacht. Mehr als 85 Prozent der Lohnrückstände, rund 2,4 Milliarden Rubel (33,4 Millionen Dollar), konzentrierten sich auf Arbeitnehmer in der Strom- und Gasversorgung, im Baugewerbe und im verarbeitenden Gewerbe außerhalb des Rohstoffsektors. Etwa ein Drittel der ausstehenden Lohnschulden stammt aus dem letzten Jahr, während 10,7 Prozent seit mehr als zwei Jahren unbezahlt sind. Jewgeni Kogan, Professor an der Moskauer Higher School of Economics, bezeichnete den starken Anstieg der Lohnrückstände als „ein klares Signal für eine Verschlechterung der finanziellen Lage der Unternehmen“.

Der Druck ist auch bei kleineren Unternehmen zu spüren. Laut der Unternehmensdatenbank Kontur.Focus wurden im ersten Quartal 2026 in Russland 209.000 kleine und mittlere Unternehmen liquidiert, ein Anstieg von 9 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

[OID+ „Ära des Überlebens“ für Unternehmen; weniger Gehaltserhöhungen - ExportManager Online +](#)

Russland steigert Rohstoffeinnahmen um 40 Prozent

Die Einnahmen Russlands aus Öl und Gas sind im Mai deutlich gestiegen, während gleichzeitig Großbritannien und die USA ihre Sanktionen gegen russische Energie teilweise lockern. Das russische Finanzministerium meldete laut russischen Medien für April Öl-

und Gaseinnahmen von 855,6 Milliarden Rubel, umgerechnet 10,5 Milliarden Euro. Das sind 40 Prozent mehr als im März. Der erstarkte Rubel drückte jedoch die Sondereinnahmen. Aktuell liegt der Preis für einen Dollar bei 70 Rubel – im Haushalt wurde noch mit einem Kurs von mehr als 95 geplant. Für Mai erwartet die Gazprombank zusätzliche Einnahmen von 400 bis 500 Milliarden Rubel, umgerechnet 5 bis 6 Milliarden Euro, sollte Urals nahe der 100 US-Dollar-Preismarke gehandelt werden.

Parallel dazu erleichtern neue Regelungen in London und Washington infolge des Iran-Konflikts den Zugang zu russischem Öl. Großbritannien hat eine Handelslizenz erteilt, die unbefristet den Import von Diesel und Kerosin erlaubt, sofern diese in Drittstaaten wie Indien oder der Türkei aus russischem Rohöl raffiniert wurden. Damit wird der zuvor angestrebte vollständige Verzicht auf russische Energie faktisch umgangen. Zusätzlich erlaubt eine weitere britische Genehmigung bis Anfang 2027 den Transport und die Finanzierung von russischem Flüssigerdgas aus großen Förderprojekten. Die Regierung begründet dies mit der Sicherung der Energieversorgung und dem Schutz vor Preisschwankungen infolge geopolitischer Spannungen, während Kritiker darin einen Rückschritt in der Sanktionspolitik sehen.

Auch die USA haben zum zweiten Mal ihre Ausnahmeregelungen verlängert und erlauben weiterhin vorübergehend den Kauf von russischem Öl auf dem Seeweg. Vor allem Indien nutzt diese Möglichkeiten in großem Umfang und hat seine Importe erheblich ausgeweitet, wobei indische Raffinerien russisches Öl trotz Preisaufschlägen weiter beziehen. Die indische Regierung betont dabei ihre Unabhängigkeit von westlichen Sanktionsentscheidungen.

Während Großbritannien und die USA ihre Maßnahmen flexibilisieren, hält die Europäische Union weiterhin an ihrem strikten Sanktionskurs fest.

[Irakrieg: Russland meldet Milliardenplus durch Steigerung des Ölpreises | DIE ZEIT](#)

[Russland: Milliarden-Wunder beim Öl-Export](#)

Apple entfernt russischen Messenger-Dienst Max aus seinem App Store

Der US-Techkonzern Apple hat die staatliche russische Messenger-App Max aus seinem App Store gelöscht. „Max ist vorübergehend nicht im App Store zum Download verfügbar“, teilte das russische Unternehmen laut Medienberichten am 4. Juni mit. Grund dafür seien Sanktionen.

Die russische Regierung hatte die beiden meistgenutzten Messenger-Dienste des Landes – WhatsApp und Telegram – zuletzt stark eingeschränkt. Stattdessen wurden Beamte, staatliche Unternehmen, Schulen und Regierungsbehörden dazu gezwungen, ihre Kommunikation auf Max umzustellen. Sowohl Apple als auch Google haben Dutzende russische Apps aus ihren Onlinestores entfernt – darunter auch solche, die von im Westen sanktionierten Unternehmen entwickelt wurden. Apps, die bereits auf Smartphones in Russland installiert sind, funktionieren weiterhin, aber neue Nutzer können sie nicht

herunterladen und sie können nicht aktualisiert werden. Max wird bei Google Play, das Android-Nutzern als App-Store dient, jedoch nach wie vor gelistet.

Die Messenger-App Max wird mit dem chinesischen WeChat verglichen, da sie Funktionen eines Onlinedienstes mit dem Zugang zu staatlichen Dienstleistungen, einem digitalen Ausweissystem sowie Bank- und Zahlungsfunktionen kombiniert. Gleichzeitig ermöglichen beide Apps den autoritären Regimen, den Informationsfluss zu kontrollieren, die Weitergabe missliebiger Meldungen zu verhindern und die Aktivitäten eigener Bürger zu überwachen. Staatschef Wladimir Putin betonte, dass Max den Anspruch Russlands auf „technologische Souveränität“ erfülle. Seit September ist Max auf in Russland verkauften Smartphones und Tablets vorinstalliert. In der EU ist die App jedoch nicht verfügbar.

[Russland: Apple entfernt russischen Messenger-Dienst Max aus seinem App Store | DIE ZEIT](#)

Krypto-Recherche bringt 17-Jährigen Briten auf Moskaus Sanktionsliste

Russland verhängt eine Einreisesperre gegen fünf Briten. Darunter ist der Jugendliche Alexander Browder. Er untersucht, wie Moskau Kryptowährung nutzt, um Sanktionen zu umgehen. Von den russischen Sanktionen gegen ihn erfuhr der 17-Jährige im Wirtschaftsunterricht, wie er gegenüber der Presse berichtete.

Außer Browder trifft es laut Spiegel-Online vier weitere Briten – Expertinnen, Unternehmer und Journalisten, darunter die bekannte Publizistin Catherine Belton. Das russische Außenministerium wirft ihnen vor, „Falschinformationen“ über die russische Führung verbreitet zu haben. Wegen ihrer angeblich »antirussischen« Haltung dürfen Browder und die anderen Sanktionierten nicht mehr nach Russland einreisen.

Der Schüler ist der Sohn von Bill Browder. Der verdiente einst als Investor in Moskau und positionierte sich lange als entschiedener Unterstützer Wladimir Putins. Dann geriet er in Konflikt mit den russischen Eliten – heute tritt er als scharfer Kritiker des Regimes auf

Für den neokonservativen Thinktank Henry Jackson Society verfasste Alexander Browder einen Bericht, in dem er beschreibt, wie über die Kryptowährung A7A5 allem Anschein nach Geld gewaschen werde, um Russlands Krieg gegen die Ukraine zu finanzieren. Der A7A5 ist ein sogenannter Stablecoin, der an den russischen Rubel gekoppelt ist – und mit der sanktionierten Promswjasbank in Verbindung gebracht wird. Anfang März stellte Browder seine Recherchen im britischen Unterhaus vor. Die britische Regierung nutzte die Recherchen danach offenbar für ihr neues Sanktionspaket, das sie vergangene Woche vorstellte und das sich gegen das vom Kreml unterstützte A7-Netzwerk richtet. Das erklärt wohl, wie Alexander Browder auf der Sanktionsliste landete.

[Russland: Moskau verhängt Einreisesperre gegen fünf Briten wegen Krypto-Recherche - DER SPIEGEL](#)

US-Repräsentantenhaus stellt sich gegen Trumps Ukrainepolitik und fordert neue Sanktionen gegen Russland

Das US-Repräsentantenhaus hat am 4. Juni ein umfangreiches Paket zu Ukraine-Hilfen sowie Sanktionen gegen Russland verabschiedet und sich zugleich klar zum Nato-Bündnis bekannt. Dies berichten zahlreiche Medien, darunter n-tv und Spiegel Online. Das Vorhaben sieht eine Milliarde Dollar an Hilfgeldern und bis zu acht Milliarden Dollar an Krediten für die Ukraine vor. Vorgesehen sind zudem zahlreiche neue Sanktionsmöglichkeiten - gegen russische Banken, den Energiesektor und auch hochrangige Politiker wie Präsident Wladimir Putin selbst. Die aktuelle Maßnahme umfasst nun strenge Sanktionen gegen russische Führungskräfte und Institutionen, darunter führende Banken sowie Öl- und Bergbauunternehmen. Sie beinhaltet außerdem 500-prozentige Zölle auf alle in die USA importierten russischen Waren sowie ein Einfuhrverbot für russisches Rohöl. Für die Ukraine sollen außerdem Kredite zur Militärfinanzierung bereitgestellt werden.

Die Parlamentskammer stimmte mithilfe von 18 Stimmen der Republikaner von Präsident Donald Trump mehrheitlich für das Gesetz. Der republikanische Sprecher des Repräsentantenhauses, Mike Johnson (54), hatte seine Abgeordneten aufgefordert, gegen die Maßnahme zu stimmen. Es gab 226 Ja- und 195 Nein-Stimmen. Damit steigt der Druck auf Trump, der sich zuletzt äußerst kritisch über die Nato geäußert und im 2022 von Russland begonnenen Ukraine-Krieg nicht klar auf die Seite des angegriffenen Landes gestellt hatte.

Das Gesetz, das von demokratischer Seite eingebracht worden war, dürfte allerdings entweder am republikanisch dominierten Senat oder an Präsident Trump selbst scheitern, dem Gesetze zur Unterschrift vorgelegt werden müssen. Die Zustimmung durch fast 20 Republikaner im Repräsentantenhaus zeigt jedoch die wachsende Unzufriedenheit mit Trumps Umgang mit der Ukraine. Zuletzt hatten immer wieder Republikaner offen gegen den politischen Kurs im Weißen Haus opponiert - wenige Monate vor den Zwischenwahlen im Kongress, bei denen die Partei des Präsidenten ihre hauchdünne Mehrheit in beiden Kammern verteidigen will.

In dem Gesetz heißt es, dass die USA russische Kriegsverbrechen auf das Schärfste verurteilen. Russland müsse sofort und bedingungslos sämtliche Streitkräfte aus ukrainischem Hoheitsgebiet abziehen, einschließlich der Krim und der als Donbass bekannten Gebiete Donezk und Luhansk im Südosten des Landes. Jegliche Verhandlungen müssten zudem auf der Souveränität der Ukraine beruhen und dürften nicht von Russland diktiert werden.

Die Abgeordneten bekennen sich ausdrücklich zur Nato als Verteidigungsbündnis und speziell zum Artikel 5 des Nato-Vertrags. Dieser regelt, dass die Bündnispartner im Fall eines Angriffs auf die Unterstützung der Alliierten zählen können und ein Angriff auf ein Mitglied als Angriff auf alle gewertet wird.

[Republikaner stimmen gegen Trump: US-Repräsentantenhaus beschließt Milliarden-Hilfen für Kiew - ntv.de](#)

[Abstimmung für Putin-Sanktionen und Ukraine-Hilfen: US-Parlament versetzt Trump nächsten Schlag | Politik | BILD.de](#)

[Ukraine: US-Repräsentantenhaus stimmt für neues Hilfspaket und Nato-Kurs - DER SPIEGEL](#)

USA verlängern Ausnahmegenehmigung für russisches Öl

Die US-Regierung hat die Lockerung der Sanktionen für russisches Öl am 18. Mai erneut um einen Monat verlängert. Das Finanzministerium in Washington erteilte eine zeitlich begrenzte Ausnahme-Lizenz. Für weitere 30 Tage ist damit der Verkauf von russischem Rohöl und russischen Erdölprodukten, die sich bereits auf Schiffen befinden, erlaubt. Dies berichtet Tagesschau.de Die Lockerung der Sanktionen betrifft auch Schiffe der sogenannten russischen Schattenflotte. Ausgenommen sind lediglich russische Öllieferungen an Iran, Kuba und Nordkorea sowie von Russland besetzte Gebiete in der Ukraine, einschließlich der Krim. Die Verlängerung biete „den am stärksten gefährdeten Ländern die Möglichkeit, vorübergehend auf russisches Öl zuzugreifen“, sagte US-Finanzminister Scott Bessent. Wegen der blockierten Straße von Hormus steigen die Rohölpreise derzeit. Die USA hatten im März erstmals die Sanktionen gegen Russland gelockert. Mitte April wurde die Ausnahmeregelung bereits einmal verlängert. Russland konnte seine Einnahmen aus dem Ölgeschäft in der Folge nach Angaben der Internationalen Energieagentur (IEA) nahezu verdoppeln. Vor allem China und Indien bezogen demnach russisches Öl in großen Mengen. Andere Länder begannen wieder mit dem Kauf russischen Öls - wie etwa die Philippinen.

Die EU-Kommission hat die Entscheidung der USA stark kritisiert und davor gewarnt, dass dieser Schritt Moskaus finanzielle Gewinne seit Beginn des Iran-Kriegs nur noch weiter steigern werde. „Aus Sicht der EU halten wir dies nicht für den richtigen Zeitpunkt, den Druck auf Russland zu verringern“, erklärte EU-Wirtschaftskommissar Valdis Dombrovskis laut Euractiv im Vorfeld eines Treffens der G7-Finanzminister in Paris. „Tatsächlich ist es Russland, das vom Krieg im Iran und dem Anstieg der Preise für fossile Brennstoffe profitiert“, fügte er hinzu. „Dementsprechend müssen wir diesen Druck, wenn überhaupt, noch verstärken“.

[Die EU reagiert bestürzt auf die Lockerung der US-Ölsanktionen gegen Russland | Euractiv DE](#)

[USA verlängern Ausnahmen von Sanktionen für Russland-Öl | tagesschau.de](#)

Verlängerte Ausnahmeregelung für Lukoil international

Das Amt für die Kontrolle ausländischer Vermögenswerte (Office of Foreign Assets Control, OFAC) des US-Finanzministeriums veröffentlichte am 29. Mai die General License Nr. 131F mit dem Titel „Genehmigung bestimmter Transaktionen zur Aushandlung und zum Abschluss von bedingten Verträgen über den Verkauf der Lukoil International GmbH sowie damit verbundener Wartungsaktivitäten“. Bis zum **27. Juni 2026** sind Transaktionen zulässig, die für die Verhandlung und den Abschluss von Verträgen über den Verkauf oder die Übertragung der Lukoil International GmbH und verbundener Unternehmen erforderlich sind, sofern deren Umsetzung ausdrücklich unter dem Vorbehalt einer gesonderten OFAC-Genehmigung steht. Zudem dürfen Maßnahmen zur Aufrechterhaltung oder geordneten Abwicklung bestehender Geschäfte durchgeführt werden, wobei hierfür auch blockierte Konten genutzt werden können. Unverändert unzulässig bleiben insbesondere die generelle Freigabe gesperrter Vermögenswerte, Geschäfte mit anderen sanktionierten Personen außerhalb des definierten Rahmens sowie Geldtransfers nach Russland. Die neue Regelung gilt seit dem 28. Mai 2026 und ersetzt die bisherige GL 131E.

[download](#)

Das OFAC veröffentlicht außerdem dazu zwei geänderte, Russland betreffende häufig gestellte Fragen, [1224 | Office of Foreign Assets Control](#) und [1225 | Office of Foreign Assets Control](#)

Zudem wurden einige neue Unternehmen und Schiffe in Zusammenhang mit Russland und dem Iran neu sanktioniert bzw. einige Schiffe gestrichen:

[Iran-related Designations; Issuance of Russia-related General License and Amended Frequently Asked Questions | Office of Foreign Assets Control](#)

[Counter Terrorism and Counter Narcotics Designation Update, Russia-related Designation Removal | Office of Foreign Assets Control](#)

OFAC-Guide zu Sanktionen

Das Office of Foreign Assets Control (OFAC) des US-Finanzministeriums veröffentlichte am 1. Juni einen Leitfaden mit dem Titel „[Einführung in das Office of Foreign Assets Control](#)“, um US-amerikanischen und ausländischen Personen ein grundlegendes Verständnis dafür zu vermitteln, wie OFAC-Sanktionen funktionieren und wie man sie einhält. Dazu gehören Informationen darüber, wie man eine Genehmigung beim OFAC beantragt, wie Personen von einer OFAC-Sanktionsliste gestrichen werden können und wie das OFAC seine Sanktionen durchsetzt.

Weitere Informationen: [Publication of Introduction to OFAC Guide | Office of Foreign Assets Control](#)

6. Weitere Länder

Großbritannien

Neues Sanktionspaket gegen Russlands Kryptonetzwerke

Die britische Regierung hat am 26. Mai ein neues Sanktionspaket gegen Russland vorgestellt. Im Mittelpunkt stehen dabei insbesondere illegale Finanzstrukturen und Kryptowährungsnetzwerke, die vom Kreml genutzt werden, um bestehende Sanktionen zu umgehen. Die britische Regierung reagiert damit auf die zunehmenden Versuche Russlands, alternative Finanzkanäle zu erschließen, da die bisherigen Sanktionen bereits deutlich spürbare wirtschaftliche Folgen zeigen.

Ein zentrales Element der neuen Maßnahmen sind Sanktionen, die sich gezielt gegen die Infrastruktur richten, über die Russland weiterhin Geldströme zur Unterstützung seiner Kriegswirtschaft organisiert. Dazu gehören unter anderem Kryptowährungsbörsen sowie das sogenannte A7-Netzwerk, ein vom Kreml unterstütztes Finanzsystem, das gezielt zur Umgehung westlicher Sanktionen aufgebaut wurde. Dieses Netzwerk dient nicht nur dazu, Einnahmen aus Ölverkäufen zu verarbeiten, sondern auch militärische Beschaffungen zu finanzieren. Nach eigenen Angaben hat es innerhalb eines Jahres Finanztransaktionen im Umfang von über 90 Milliarden Dollar abgewickelt, was etwa der Hälfte der jährlichen russischen Militärausgaben entspricht.

Neben der direkten Zielsetzung gegen Finanzstrukturen nehmen die Sanktionen auch konkrete Akteure ins Visier, die an diesen Umgehungsmaßnahmen beteiligt sind. Dazu zählen unter anderem Personen mit Verbindungen zum A7-Netzwerk, eine kirgisische Bank, die verdächtigt wird, Zahlungsabwicklungen zu unterstützen, sowie eine internationale Kryptowährungsbörse, über die mutmaßlich erhebliche Geldsummen in Richtung des Kremls geflossen sind. Darüber hinaus richtet sich das Maßnahmenpaket gegen mehrere georgische Unternehmen, die durch den Betrieb russlandnaher Börsen zur Umgehung von Sanktionen beitragen.

Nach britischen Schätzungen haben die internationalen Strafmaßnahmen Russland wirtschaftliche Verluste in Höhe von über 450 Milliarden Dollar zugefügt.

[UK cracks down on backdoor Russian sanctions evasion with tough new measures - GOV.UK](#)

Streit um Öl-Sanktionen gegen Russland

Großbritannien erlaubt weiter den Import von Kerosin und Diesel, der in Drittländern aus russischem Öl raffiniert wurde. Aufgrund dieser Maßnahme sieht sich der britische Regierungschef Keir Starmer heftiger Kritik aus der Opposition ausgesetzt, wie die

Tagesschau am 21. Mai berichtet. Starmer verteidigte seine Politik mit dem Hinweis, die britische Regierung führe gerade ein neues, schärferes Sanktionspaket gegen Russland ein - allerdings schrittweise. Es werde neue Verbote für den Seetransport des Flüssiggases LNG geben und neue Verbote für den Import von Produkten aus russischem Öl, das in Drittländern verarbeitet wurde. Das ganze solle phasenweise eingeführt werden und damit folge man genau dem Vorgehen, das sowohl die Labour-Partei als auch die konservative Opposition, als sie noch in der Regierung war, früher schon genutzt hätten. Es gehe in keiner Weise darum, bestehende Sanktionen zu lockern, so Starmer.

Richard Bronze, Leiter der Geopolitik beim Marktanalysten Energy Aspects, kritisierte in der BBC, dass die britischen Sanktionen durch die Ausnahmeregelungen verwässert und verzögert würden. So dürfen zunächst weiterhin, wie bisher, in Drittländern verarbeitete Ölprodukte aus russischem Rohöl eingeführt werden, etwa Diesel und Kerosin aus Indien. Diese Regeln für verarbeitete Ölprodukte gelten laut Regierung auf „unbestimmte Dauer“. Außerdem gelte eine befristete Genehmigung für den Seetransport von LNG sowie damit verbundenen Dienstleistungen bis zum 1. Januar. Die Vorschriften sollen regelmäßig überprüft werden und „ermöglichen, das vollständige Verbot schrittweise umzusetzen, ohne angesichts des durch den Nahostkonflikt ausgelösten Schocks bei der Kraftstoffversorgung Instabilität zu verursachen“, so die Regierung. Die Versorgungssicherheit bei wichtigen, grundlegenden Wirtschaftsgütern müsse gewährleistet sein.

Die EU hatte die Verbote bereits im Januar in Kraft gesetzt, die britische Regierung hatte die Umsetzung fürs Frühjahr ohne Zeitplan angekündigt. Erst jüngst hatte auch die britische Regierung zudem eine Resolution der G7-Industriestaaten unterzeichnet, die die Solidarität mit der Ukraine weiter bekräftigte. Entsprechend enttäuscht zeigte sich die ukrainische Parlamentarierin Lesia Vasylenko im BBC-Interview über die Verschiebung der eigentlich angekündigten Maßnahmen: Die Ukraine zahle einen hohen Preis für billigen Kraftstoff in anderen Ländern - mit ihren Menschenleben, sagte sie.

Die angeschlagene Regierung von Starmer steht unter anderem wegen der heftig gestiegenen Lebenshaltungskosten unter Druck. Benzin ist im Vereinigten Königreich so teuer wie seit vier Jahren nicht mehr. Als Entlastungsmaßnahme kündigte Starmer an, die für Herbst geplante Wiederanhebung der Spritsteuer zu verschieben. Außerdem soll es Steuerentlastungen für die Transportbranche geben.

[Großbritannien: Streit um Öl-Sanktionen gegen Russland | tagesschau.de](#)

7. Blick über den Tellerrand

Ölhandel: Peking verbietet Unternehmen US-Sanktionen zu befolgen

Peking hat Unternehmen angewiesen, US-Sanktionen gegen fünf chinesische Raffinerien im Zusammenhang mit dem iranischen Ölhandel nicht anzuerkennen oder umzusetzen. Internationale Unternehmen in China könnten nun zwischen die Räder geraten. China hat erstmals ein rechtliches Instrumentarium gegen ausländische Sanktionen konkret eingesetzt und damit einen offenen Konflikt mit Washington verschärft. Das Handelsministerium in Peking erließ am Samstag eine „Prohibition Order“, die es Unternehmen in China untersagt, US-Sanktionen gegen fünf heimische Raffinerien anzuerkennen oder umzusetzen.

Dabei greift Peking auf ein 2021 eingeführtes Instrument zurück. Dieses soll chinesische Firmen vor ausländischen Gesetzen schützen, die als unrechtmäßig angesehen werden. Zu den betroffenen Unternehmen der US-Sanktionen gehören unter anderem die Hengli Petrochemical Refinery sowie mehrere weitere privat geführte Verarbeitungsanlagen. Die Maßnahme richtet sich gegen Strafaktionen des US-Finanzministeriums. Diese hatte die betroffenen chinesischen Firmen beschuldigt, iranisches Öl zu kaufen und damit Einnahmen für Teheran zu generieren. Die US-Sanktionen umfassen unter anderem die Aufnahme in die sogenannte SDN-Liste, Vermögenssperren und weitreichende Geschäftsverbote, auch für Drittparteien.

Peking begründet sein Vorgehen damit, dass es sich um eine „unangemessene extraterritoriale Anwendung“ US-amerikanischen Rechts handle. Die Sanktionen verletzen Peking zufolge internationales Recht und behinderten legitime Handelsbeziehungen zwischen chinesischen Unternehmen und Drittstaaten. Die nun erlassene Anordnung hat unmittelbare Wirkung: Sie verpflichtet alle in China tätigen Akteure, die US-Maßnahmen weder zu befolgen noch umzusetzen. Grundlage dafür ist ein Bündel von Gesetzen, darunter das Anti-Foreign-Sanctions-Law und die 2021 eingeführten Blocking Rules, die genau für solche Fälle geschaffen wurden. Der Schritt ist bemerkenswert, weil es sich um die erste praktische Anwendung dieser Blocking Rules handelt.

Von den US-Sanktionen betroffen sind neben Hengli mehrere kleinere, unabhängige Raffinerien. Diese sogenannten „Teapot“-Anlagen sind ein zentraler Bestandteil von Chinas Energieversorgung, da sie häufig vergünstigtes Rohöl aus sanktionierten Staaten verarbeiten. Die US-Maßnahmen haben bereits praktische Folgen gezeigt, etwa bei der Finanzierung, beim Transport und beim Verkauf raffinierter Produkte. Im Kern greift Peking damit das zentrale Funktionsprinzip der US-Sanktionspolitik an. Deren Stärke liegt weniger in direkter Durchsetzung als in ihrer indirekten Wirkung auf Unternehmen: Indem China diesen verbietet, diese Regeln zu befolgen, entsteht ein Konflikt zweier Rechtsordnungen, der sich nicht auflösen lässt.

Multinationale Unternehmen werden gezwungen, zwischen zwei unvereinbaren Systemen zu wählen: Wer US-Sanktionen einhält, riskiert Verstöße gegen chinesisches Recht. Wer sich an chinesische Vorgaben hält, setzt sich potenziellen Konsequenzen in

den Vereinigten Staaten aus. China betont in seiner Argumentation konsequent den Verweis auf internationales Recht und fehlende UN-Mandate für US-Sanktionen.

EU-Sanktionen gegen die Slowakei?

Das EU-Parlament hat sich äußerst besorgt über den Zustand der Demokratie in der Slowakei geäußert und auf das Einfrieren von EU-Geldern für Bratislava gedrungen. 347 Abgeordnete stimmten laut der Nachrichtenagentur AFP für eine entsprechende nicht-bindende Resolution, 165 votierten dagegen.

Der konservative tschechische Abgeordnete Tomas Zdechovsky warnte, die Slowakei dürfe nicht zu einem „zweiten Ungarn“ werden. Dem nationalistischen slowakischen Regierungschef Robert Fico wird vorgeworfen, seit seiner Wiederwahl im Jahr 2023 demokratische Rechte ausgehöhlt zu haben. Das EU-Parlament zeigte sich jetzt insbesondere besorgt über die Schwächung von Anti-Korruptions-Institutionen sowie über Vorwürfe, wonach EU-Mittel veruntreut worden seien. Die Kommission müsse „alle Möglichkeiten nutzen, um die Werte der EU zu schützen“. Die Abgeordneten riefen Brüssel auf, ein Vertragsverletzungsverfahren einzuleiten und den sogenannten Rechtsstaatsmechanismus zu aktivieren, der es erlaubt, EU-Gelder einzufrieren.

[OID+ EU-Parlament fordert Sanktionen wegen Demokratiemangels - ExportManager Online +](#)

USA heben Sanktionen gegen bulgarischen Exminister auf

Das US-Außenministerium hat den früheren bulgarischen Vizeminister Alexander Manolev von einer seit 2021 bestehenden Visa-Sperrliste gestrichen. Dies berichtet die Online-Plattform EUalive. Die Entscheidung stehe im Zusammenhang mit einer umfassenden Überprüfung von Sanktionen aus der Biden-Ära durch die neue Trump-Regierung. Manolev war ursprünglich wegen Korruptionsvorwürfen mit Einreisebeschränkungen belegt worden. Er begrüßte die Aufhebung und verwies darauf, dass Verfahren gegen ihn in Bulgarien eingestellt worden seien.

Die USA nannten keine konkreten Gründe für die Streichung, doch sie gilt als Teil einer generell kritischeren Neubewertung von Sanktionen im Hinblick auf US-Interessen. Lobbyarbeit spielte offenbar ebenfalls eine Rolle. Gleichzeitig bleibt der Fall politisch brisant: In Bulgarien tauchen im Zuge neuer investigativer Recherchen erneut Dokumente auf, die Manolev mit mutmaßlicher Korruption in Verbindung bringen. Dies dürfte die Debatte über Korruption und Rechtsstaatlichkeit weiter anheizen.

[U.S. lifts sanctions on former Bulgarian deputy minister – EUalive](#)

8. Termine

16. Juni 2026: Ost-Ausschuss-Jahresveranstaltung

Am 16. Juni 2026 findet die Ost-Ausschuss-Jahresveranstaltung in Berlin im Aufbau Haus am Moritzplatz in Berlin Kreuzberg statt. Der Tag beginnt zunächst mit den Sitzungen von Vorstand und Präsidium. Die Jahresmitgliederversammlung schließt sich an. Im Anschluss laden wir alle Ost-Ausschuss-Mitglieder zum Jahresempfang in das Theater Aufbau Kreuzberg (TAK) sowie in den benachbarten Club Prince Charles ein, zu dem auch unsere externen Gäste hinzukommen werden. Als Keynote Speaker dürfen wir in diesem Jahr den albanischen Premierminister Edi Rama begrüßen. Die Veranstaltung ist den Mitgliedern und Partnern des Ost-Ausschusses vorbehalten. Die Teilnahme ist nur mit persönlicher Einladung möglich.

16. Juni 2026: Doing Business in Ukraine

We are glad to invite you to an expert discussion and networking event on Ukraine, “Doing Business in Ukraine”, organized by the Service Desk Ukraine of the German Eastern Business Association (Ost-Ausschuss). This format supports the exchange of practical experience and contributes to the further development of German Ukrainian economic cooperation, especially considering Ukraine’s recovery.

The event will take place in person at the Theater Aufbau Kreuzberg (TAK), Prinzenstraße 85, in Berlin on June 16, from 13:00 to 16:30 and is dedicated to exploring the evolving landscape of German business engagement in Ukraine, spotlighting both the challenges faced and the recent successes achieved. It aims to foster a comprehensive dialogue on strengthening German- Ukrainian collaboration, with a particular focus on the sectors of Automotive, Manufacturing, Agriculture, Transport, Construction, Finance and Legal Framework. The event will bring together representatives of business and politics from Germany and Ukraine to identify opportunities within selected priority sectors. The draft agenda you can find below.

The offer to participate is generally addressed to members of the German Eastern Business Association. Should you be interested in participating, please feel free to contact Kateryna Kyslenko, Head of the Service Desk Ukraine, by 8 June 2026: k.kyslenko@oa-ev.de

[Microsoft Word - Agenda Doing Business in Ukraine 16 06 26 Draft as of 27 05](#)

9. Tipps & Links

Eine neue **ARD-Dokumentation** thematisiert die **Umgehung von Sanktionen** insbesondere durch Akteure in Kasachstan und Kirgisistan. Diese importieren deutsche Technologie, um sie dann über Umwege weiter nach Russland zu exportieren. Schwäche der Dokumentation ist, dass nicht zwischen den so genannten Grauexporten von legalen, aber in Russland schwer erhältlichen Gütern und der illegalen Weitergabe tatsächlich kriegsrelevanter Technologie unterschieden wird. Dass es weiterhin auch legalen Handel mit Russland gibt, kommt zu kurz. Zudem wird der Eindruck erweckt, das Problem liege allein an mangelnder Sorgfalt und Naivität in deutschen Unternehmen, während der extrem hohe Anteil von auf dem Kriegsschauplatz gefundenen US-Produkten zeigt, dass der Kampf gegen eine Sanktionsumgehung über Drittländer nicht leicht zu gewinnen ist. Kaum Erwähnung findet, dass der Hauptteil der Sanktionsumgehung mutmaßlich über China und nicht über Zentralasien läuft. Dennoch sensibilisiert die Doku für einige, bestehende Umgehungspraktiken. [Die Russland-Route: Sind die Sanktionen sinnlos? - hier anschauen](#)

Wichtige Informationen und Kontakte zu Sanktionen:

BMW-Übersichtsseite zu Sanktionen mit vielen weiterführenden Links und Dokumenten:

[BMW - Sanktionen](#)

Weitere Hinweise zum Thema: [BMW - Schnellübersicht: Sanktionsdurchsetzung in Deutschland](#)

Übersichtsseite des BAFA zu Russland-Sanktionen

[BAFA - Russland](#)

[Bundesfinanzministerium - Umsetzung der Russland-Sanktionen – Kurzüberblick](#)

BAFA-Telefon-Hotline: Beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) können sich deutsche Exporteure über eine Telefon-Hotline zu Exportbeschränkungen bei Geschäften mit Partnern in Russland informieren: +49 (6196) 9081237 (Mo-Do 8:30 Uhr bis 16:00 Uhr / Freitag 8:30 Uhr bis 15:00 Uhr).

Fragen zu Ausfuhrvorhaben, zu Empfängern in Russland oder zur Einstufung von Gütern erfolgen über das Formular „Sonstige Anfrage“ im [ELAN-K2 Ausfuhr-System](#). Bei Anfragen zu Gütern sind die zugehörigen Zollltarifnummern anzugeben. Dabei ist für jedes Gut eine einzelne Güterbeschreibung mit zugehöriger Zollltarifnummer im Antrag anzulegen sowie die Güter numerisch nach den Warenverzeichnisnummern bei mehr als fünf Güterpositionen zu sortieren.

Rechtliche Grundsatzfragen, Anfragen von Hilfsorganisationen und Privatpersonen können unter folgender E-Mail gestellt werden: ru-embargo@bafa.bund.de.

Sanktionsübersicht der deutschen Zollbehörde

Der deutsche Zoll hat auf seiner Internetseite konsolidierte Fassungen zu den europäischen Sanktionsverordnungen gegen Russland und Belarus eingestellt:

Russland:

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:02014R0833-20231001>

Belarus:

https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eg_765_2006.pdf?__blob=publicationFile&v=19

EU-Sanktionen

EU-Sanktions-Helpdesk für KMU:

[EU Sanctions Helpdesk - European Union](#)

EU-Dokumente zum 20. Sanktionspaket vom 23. April 2026:

[Beschluss \(GASP\) 2026/508 des Rates vom 23. April 2026 zur Änderung des Beschlusses 2014/512/GASP über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren](#)

[Verordnung \(EU\) 2026/506 des Rates vom 23. April 2026 zur Änderung der Verordnung \(EU\) Nr. 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren](#)

[Beschluss \(GASP\) 2026/504 des Rates vom 23. April 2026 zur Änderung des Beschlusses 2014/145/GASP über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen](#)

[Durchführungsverordnung \(EU\) 2026/509 des Rates vom 23. April 2026 zur Durchführung der Verordnung \(EU\) Nr. 269/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen](#)

[Verordnung \(EU\) 2026/511 des Rates vom 23. April 2026 zur Änderung der Verordnung \(EU\) Nr. 269/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen](#)

Sanktionen gegen Belarus vom 23. April 2026:

[Durchführungsbeschluss \(GASP\) 2026/503 des Rates vom 23. April 2026 zur Durchführung des Beschlusses 2012/642/GASP über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Belarus und der Beteiligung von Belarus an der Aggression Russlands gegen die Ukraine](#)

[Durchführungsverordnung \(EU\) 2026/505 des Rates vom 23. April 2026 zur Durchführung des Artikels 8a Absatz 1 der Verordnung \(EG\) Nr. 765/2006 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Belarus und der Beteiligung von Belarus an der Aggression Russlands gegen die Ukraine](#)

[Die aktuelle Version der Frequently Asked Questions zu EU-Sanktionen \(Stand Mai 2026\)](#)

[Consolidated version - Finance - European Commission](#)

[EU-Übersicht zu allen bisherigen Russlandsanktionen:](#)

[Sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine - European Commission \(europa.eu\)](#)

[EU Sanctions Map](#)

Hier finden Sie die beiden **Listen von Gütern, die die EU als besonders kritisch** für die russische Kriegsführung einschätzt sowie die Liste von Gütern, die auf dem Schlachtfeld in der Ukraine gefunden wurden:

[Aktuelle Liste der sanktionierten High-Priority Goods:](#)
[List of common high priority items - European Commission](#)

[Aktuelle Sanktionsliste der wirtschaftlich besonders kritischen Güter:](#)
[List of economically critical goods - European Commission](#)

„Whistleblower-Tool“ der EU

Über diese Internetseite können Sie anonym und verschlüsselt Hinweise auf EU-Sanktionsverstöße weitergeben:

[EUsanctions - Home \(integrityline.com\)](#)

Auf dieser Überblicks-Seite hat die EU **grundsätzliche Informationen zu den Zielen ihrer Sanktionspolitik** sowie zu den Entscheidungsmechanismen und den Strafen bei Sanktionsverstößen zusammengestellt:

[Wie und wann die EU Sanktionen verhängt - Consilium \(europa.eu\)](#)

Auf dieser **Wikipedia-Seite** finden Sie umfangreiche Daten und Fakten zu den EU-Sanktionen gegen Russland seit Beginn des russischen Überfalls auf die Ukraine:

[Sanktionen gegen Russland seit dem Überfall auf die Ukraine – Wikipedia](#)

Das amerikanische Office of Foreign Asset Control OFAC hat ein Video veröffentlicht, das eine **Anleitung zur Nutzung des OFAC-Sanktionslisten-Suchtools** und empfohlene Schritte zur Bewertung einer möglichen Übereinstimmung mit OFAC-Sanktionslisten

enthält. Das Video ist das erste in der Videoreihe „OFAC Basics“ und dient als Ergänzung zur Reihe „Introduction to OFAC“, die im Abschnitt „US Guidance“ auf dieser Website zu finden ist.

[OFAC Basics Video Series - Sanctions List Search | Office of Foreign Assets Control \(treasury.gov\)](#)

Euler- Hermes – Russland und Belarus – Infoseite:

[Hintergrundwissen | Exportkreditgarantien \(Hermesdeckungen\)](#)

GTAI-Sanktionsübersicht

Alle EU-Sanktionspakete in der Übersicht:

[Chronologische Übersicht über EU-Sanktionen gegenüber Russland | Zollbericht | EU | Krieg in der Ukraine \(gtai.de\)](#) GTAI-Überblick über die EU-Sanktionen im Finanzsektor: [Finanzsanktionen gegen Russland | Wirtschaftsumfeld | Russland | Sanktionen \(gtai.de\)](#)

Ukraine

Ukrainisches Portal mit Recherchemöglichkeiten zu allen weltweit sanktionierten Unternehmen:

[The main portal about sponsors and supporters of the aggression](#)

Belarus

Belarus-Sanktionen Durchführungsbestimmungen zum 18. Sanktionspaket:

[Durchführungsverordnung \(EU\) 2025/1469 des Rates vom 18. Juli 2025 zur Durchführung des Artikels 8a Absatz 1 der Verordnung \(EG\) Nr. 765/2006 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Belarus und der Beteiligung von Belarus an der Aggression Russlands gegen die Ukraine](#)

Eine konsolidierte Fassung der EU-Sanktionen gegen Belarus befindet sich hier: [EU-Sanktionen gegen Belarus - Consilium](#)

Sanktions-Krisenhotline der AHK Belarus:

+375 44 775 00 74 (Telegram, Viber, WhatsApp)

Von Montag bis Sonntag von 7- 21 Uhr MEZ (08.00 – 22.00 Uhr Minsker Zeit) erreichbar.

Übersicht zur europäischen **Sanktionsdurchsetzung**. Auf dieser Internetseite zum Thema European Sanctions Enforcement werden aktuelle Ermittlungen und Gerichtsverfahren zum Thema Sanktionsumgehung verzeichnet:

[European Sanctions Enforcement – \(duanemorris.com\)](https://duanemorris.com)

Spendenaufruf : Wärme für die Ukraine!

In einem Winter mit Temperaturen bis minus 30 Grad sehen sich die Menschen in der Ukraine unaufhörlichen Luftangriffen der russischen Armee auf ihre Wärme- und Stromversorgung ausgesetzt. Als Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft rufen wir Privatpersonen und Unternehmen dringend zur Unterstützung von Initiativen auf, um diese unbeschreibliche Not zu lindern:

Für Unternehmen:

Das Bundeswirtschaftsministerium hat eine Task Force zur Unterstützung der ukrainischen Energieversorgung eingerichtet. Gesucht wird dringend technische Ausrüstung wie etwa Transformatoren, Reparaturfahrzeuge, Schaltanlagen oder andere Anlagenkomponenten.

Senden Sie Ihre Spendenangebote entweder an die Task Force:

TF-Ukrainehilfe@bmwe.bund.de

oder an die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GIZ:

helpenergyukraine@giz.de

Für alle Interessierten:

Über die Berliner Initiative „Ukraine2Power“ können Sie direkt für die Versorgung der Menschen in der Ukraine spenden:

[U2P – Ukraine to Power](https://www.ukraine2power.de)

Für 80 Euro kann bereits ein Wärme- und Überlebenssets für Wohnungen bereitgestellt werden. Dieses besteht unter anderem aus einem Camping-Gaskocher für warme Getränke, einer elektrischen Heizdecke, Powerbanks und chemischen Handwärmern.

+++ Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss: Exklusive Zugänge zu Entscheidern und Informationen+++

Die Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft steht allen deutschen Unternehmen sowie ausländischen Unternehmen mit deutschen Töchtern offen. Als Mitglied profitieren Sie von unseren exklusiven Zugängen zu den Regierungen in **29 Zielländern Mittel- und Osteuropas**. Sie können zwischen Arbeitskreisen zu Ländern und Regionen und rund 200 Fachveranstaltungen im Jahr wählen und erhalten exklusive Informationspakete. Wir unterstützen Sie aktiv bei der Umsetzung Ihrer Projekte, bringen Ihre Fragen in bilateralen Regierungsarbeitsgruppen ein und nehmen Sie mit auf Delegationsreisen in unsere Region. Eine Mitgliedschaft ist günstiger als Sie vermuten und zahlt sich direkt aus. Werden Sie Teil eines starken Netzwerkes in der größten und ältesten Regionalinitiative der deutschen Wirtschaft! Weitere Informationen zu den Konditionen einer Mitgliedschaft finden Sie hier:

[Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft vertritt die Interessen der deutschen Wirtschaft in 29 Ländern im östlichen Europa und Zentralasien. Er begleitet wichtige wirtschaftspolitische Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen mit diesen Ländern und fördert Handel, Investitionen und Dienstleistungstransfers deutscher Unternehmen auf den Märkten der Region.

Sie haben Ihr Interesse ausgesprochen, Informationen vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V. zu erhalten. Wenn Sie keine weiteren Newsletter zu Sanktionen erhalten möchten, antworten Sie bitte auf diese Aussendung mit dem Betreff „abmelden“. Lesen Sie unsere [Datenschutzerklärung](#).

Disclaimer zum Haftungsausschluss:

Wir sind für die Inhalte externer Webseiten, auf die wir mittels Hyperlink verweisen, nicht verantwortlich. Zum Zeitpunkt der Verlinkung waren keine rechtswidrigen Inhalte erkennbar. Auf die aktuelle und zukünftige Gestaltung sowie die Inhalte der verlinkten Seiten haben wir keinen Einfluss. Wir machen uns die Inhalte nicht zu eigen.

Eine permanente inhaltliche Kontrolle der verlinkten Seiten ist ohne konkrete Anhaltspunkte für eine Rechtsverletzungen nicht zumutbar.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

Informieren ▪ Vernetzen ▪ Handeln



Pressekontakt:

Andreas Metz | Leiter Public Affairs
A.Metz@oa-ev.de
T. +49 (0)30 206167-120
Breite Straße 29
10178 Berlin
www.ost-ausschuss.de

@OstAusschuss

